
Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am
13.03.2025

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:42 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Stadträtin Gabriele Perl, begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste, eröffnet 16:35 Uhr die Sitzung, stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit **6 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern** fest. Es sind 2 sachkundige Einwohner anwesend.

Herr Stadtrat Kaßner kommt 16:43 Uhr (Beginn TOP 6.1) zur Sitzung. Damit sind 7 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Stadtrat Ratzmann (in Vertretung für Herrn Stadtrat Olaf Paul) kommt 18:10 Uhr (Im Laufe des TOP 6.2 – Einführung von Frau Erxleben in Teil-HH Amt 53) zur Sitzung. Damit sind 8 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderung- oder Ergänzungsanträge seitens der Ausschussmitglieder vor. Die Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Die Tagesordnung wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.01.2025

Es liegen keine Wortmeldungen oder Änderungsanträge vor. Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt die Niederschrift vom 14.01.2025 zu Abstimmung.

Die Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 5:0:1

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Frau Ausschussvorsitzende Perl informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Bildung und Soziales am 14.01.2025 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst worden sind.

5 Einwohnerfragestunde

Es liegen der Verwaltung Einwohnerfragen eines Ausschussmitgliedes vor. Diese werden unter TOP 7 beantwortet.

Der Verwaltung liegen keine weiteren Anfragen vor. Aus der Sitzung heraus wurden keine Fragen gestellt.

6 Beschlussfassungen

**6.1 Haushaltssatzung 2025, Haushaltsplan 2025, Stellenplan 2025
Vorlage: BV/421/2024/II-20**

Herr André Ulbrich, Beigeordneter für Finanzen, Digitalisierung und moderne Verwaltung führt anhand einer Power-Point-Präsentation in die Beschlussvorlage ein.

Herr Stadtrat Kaßner ist ab diesem TOP anwesend. Folglich sind 7 stimmberechtigte Mitglieder im Ausschuss.

Die Beschlussvorlage wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 0:7:1

**6.2 Haushaltskonsolidierungskonzept 2025 und Folgejahre
Vorlage: BV/422/2024/II-20**

Herr Beigeordneter Ulbrich führt in das Konsolidierungskonzept ein.

Frau Stadträtin Grabner fragt an, welche Erwartungen bei der Veräußerung der Liegenschaften bestehen, welche Zeitspanne eingeplant ist und auf wen die Konsolidierung im Bereich Personalkosten zutrifft.

Herr Beigeordneter Ulbrich informiert, dass die Veräußerung der Liegenschaften weniger Aufwand in der Bewirtschaftung für das Fachamt ZGM, Betreuung (Sanierung) und in Investitionen nach sich zieht. Eine Veräußerung entsprechender Liegenschaften könnte zügig an die kommunale Familie (DWG) geschehen. In dem Konsolidierungskonzept betrifft es ausschließlich die Kernverwaltung. Eine Reduzierung von Arbeitsstellen ist vorgesehen.

Herr Stadtrat Kaßner hat eine Nachfrage zur Kürzung des Etats des „Franz“- und „Rosseltreffs“ bezüglich einer anderen Objektnutzung. Außerdem möchte er wissen, wie man das gleiche qualitative hochwertige Portfolio ohne den Krötenhof beibehalten möchte und ob ein Einzug in das ebenfalls angedacht zu verkaufende Objekt „Medicusstraße“ umgesetzt werden könnte.

Herr Kuras, Leiter des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, informiert über einen angedachten Umzug des Krötenhofes an den Standort Flössergasse. Die Abbildung vieler Kurse und Arbeitsgemeinschaften wären ebenfalls an dem neuen Standort möglich.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, gibt an, dass aktuell die Berichte zu den Objekten ausgewertet und diese im nächsten Ausschuss thematisiert werden. Das Objekt Franzstraße 147 wird nicht entwickelt. Die Stadt Dessau-Roßlau kann nicht in den Mietvertrag einsteigen. Die ehrenamtlichen Helfer stehen bereit und würden sofort z. B. mit der Aufnahme zur Ausgabe des Essens beginnen können. Gespräche zwischen einem freien Träger und dem Eigentümer laufen. Der „Rosseltreff“ arbeitet ununterbrochen im Stadtteil Roßlau.

Herr Stadtrat Gronemann möchte wissen, ob die Erhöhungen der Personalkosten aufgrund der aktuellen Tarifverhandlungen eingeplant sind.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, gibt an, dass eine Tarifsteigerung von 2 % auf das ganze Jahr gesehen eingepreist ist. Die Auswirkungen der Tarifverhandlungen müssen abgewartet werden und es muss geprüft werden, in welchem Umfang diese ausgeschöpft werden müssen.

Herr Stadtrat Gronemann zweifelt an den eingerechneten 2 % Steigerung der Personalkosten und sieht dies als zu gering an.

Frau Erxleben gibt an, dass die Steigerung momentan nicht berechnet werden kann und eventuelle Erhöhungen von Schichtzulagen oder Sonn- und Feiertagszuschlägen auch noch berücksichtigt werden müssten.

Frau Wirth weist ergänzend darauf hin, dass Personalkosten statische Positionen sind. Aufgrund der in den vergangenen Jahren nicht in Anspruch genommene Personaletat besteht nun die Möglichkeit, höhere Steigerungen von Personalkosten abzufangen.

Frau Stadträtin Grabner möchte den Soll- und Istzustand der Personalkosten wissen.

Frau Erxleben weist darauf hin, dass es im Haupt- und Personalausschuss einen ausführlichen Vortag zu dem Thema gibt.

Frau Wirth teilt mit, dass in der Anlage 6 zum Haushaltsplan ein vorläufiges Ergebnis von 2024 in Höhe von 76,1 Millionen Euro angegeben ist.

Herr Zeller, sachkundiger Einwohner fragt nach der Bezifferung der Erhöhung der Elternbeiträge.

Frau Hachmann, Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Senioren, teilt mit, dass eine anfänglich geplante Steigerung der Beiträge auf 25 %, somit 350.000 Euro berechnet wurde. Die Kommunalaufsicht sieht dies jedoch nicht als ausreichend an. Das Dezernat hat eine Auflage erhalten, diese Summe auf 700.000 Euro zu erhöhen. Die Beiträge werden nicht auf einmal erhöht, sondern in Staffellungen.

Herr Kuras führt in den Teilhaushalt seines Amtes betreffend anhand einer Power-Point-Präsentation ein.

Frau Stadträtin Grabner erfragt die Einnahmen durch Vermietung des Krötenhofes.

Frau Wirth teilt mit, dass sich die Mieteinnahmen im Jahr 2024 auf 3.600 Euro belaufen.

Frau Stadträtin Perl möchte zu dem Start-Chancen-Programm wissen, ob sich die Schulen dazu bewerben müssen?

Herr Kuras gibt eine Beteiligung von 7 Schulen an dem Programm an und informiert weiter, dass die Stadt über die Teilnahme entscheidet. Es gibt noch keine Fördermittelrichtlinie. Es soll in 3 Säulen ablaufen, die erste Säule beinhaltet Investitionen, bei denen die Kommune Eigenmittel zur Verfügung stellen soll, welche sich auf 6 Millionen Euro belaufen.

Frau Paesold führt in den Teilhaushalt ihres Amtes betreffend ein.

Frau Stadträtin Grabner weist darauf hin, dass auch wenn der „Franztreff“ nicht weiterentwickelt wird, dieser immer gut angenommen wurde und solche Angebote eine Pflichtaufgabe einer Kommune sind. Das Problem bestünde nicht darin, dass das Gebäude schlecht ist, sondern, dass die Planungssicherheit der Personalkosten für den Träger nicht ausgereicht hat. Daher sollten längere Verträge abgeschlossen werden um längerfristig planen zu können.

Frau Paesold teilt mit, dass es im Bereich der freien Wohlfahrtspflege schwierig ist, solche Verträge schließen zu können.

Frau Stadträtin Grabner fragt an, ob man einen „Finanztopf“ festlegen kann und die Verteilung an die freien Träger vom Sozialamt geregelt werden kann.

Frau Wirth führt aus, dass es weder die Zeit noch die Situation erlaubt, über so etwas zu sprechen. Es herrscht satzungslose Zeit und es gibt einen ungedeckten Fehlbedarf von ca. 50. Millionen Euro.

Herr Stadtrat Kaßner rügt die Aussage von Frau Wirth an Frau Grabner.

Frau Erxleben, Leiterin des Amtes für Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz führt in den Teilhaushalt ihres Amtes anhand einer Power-Point-Präsentation ein.

Während dieser Einführung kommt um 18:10 Uhr **Herr Stadtrat Ratzmann in Vertretung für Herrn Stadtrat Olaf Paul** zur Sitzung. Somit sind 8 stimmberechtigte Stadträte anwesend.

Herr Stadtrat Dr. Hofmann äußert sein Unverständnis über die Personaleinsparung und möchte wissen, welche Bereiche diese Einsparungen betreffen werden.

Frau Erxleben informiert, dass diese im Bereich des Hygiene- und Infektionsschutzes sein werden. Das betrifft den gesamten Bereich.

Frau Stadträtin Grabner möchte wissen, wer diesen Konsolidierungsvorschlag gemacht hat.

Frau Erxleben gibt an, dass dieser Vorschlag nicht von ihr eingebracht worden ist.

Frau Sternickel, sachkundige Einwohnerin, möchte wissen, wie man nach dem Stellenabbau den Infektionsschutz aufrechterhalten möchte und ggf. bei einer erneuten Pandemie agiert.

Frau Erxleben teilt mit, dass Maßnahmen zur Digitalisierung durchgeführt werden. Bei Verringerung des Personals werden bspw. Vor-Ort-Kontrollen und Pflichtprobeentnahmen nicht mehr in diesem Umfang durchgeführt werden. Gleichzeitig weist man auf den weiterhin bestehenden Personalmangel in diesem Gebiet hin. Eine Reduzierung der Stellen ist nicht zielführend.

Herr Stadtrat Dr. Hofmann fragt nach der aktuellen Besetzung des Personals im Gesundheitsbereich, insbesondere ob Untersuchungen im Schul- und KITA-Bereich wieder stattfinden werden.

Frau Erxleben gibt an, dass der normale Stand der Personalbesetzung langsam wieder erreicht wurde und nun damit begonnen wird, die Untersuchungen in den Einrichtungen wieder vorzunehmen.

Frau Stadträtin Grabner bittet um Überarbeitung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in diesem Ausschuss, da die Vorschläge ohne vorige Absprache mit den entsprechenden Ämtern eingebracht worden sind.

Frau Ausschussvorsitzende Perl schlägt vor, den Haushalt und das Haushaltskonsolidierungskonzept abzustimmen sowie ein Votum für den Ausschuss für Finanzen am 19.03.2025 abzugeben.

Sie bittet um die Abgabe eines Votums zur Streichung der Konsolidierung i. H. v. 56.000 Euro für den „Franz“- und „Rosseltreff“.

Das Votum wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

Damit ist das Votum einstimmig angenommen.

Ein weiteres Votum wird von der **Ausschussvorsitzende Perl** für eine Haushaltstelle zur Novellierung des Sozialpasses zur Abstimmung gestellt. Hierzu wurde durch Frau Perl eine Tischvorlage ausgereicht.

Abstimmungsergebnis: 3:0:4

Damit ist das Votum angenommen.

Bezüglich des Konsolidierungsvorschlages zur Streichung des kommunalen Bildungsbüros stellt die **Ausschussvorsitzende Perl** ein Votum zur Abstimmung, diesen Vorschlag von der Konsolidierungsliste zu streichen.

Abstimmungsergebnis: 7:0:1

Damit ist das Votum angenommen.

Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt die Beschlussvorlage zur Haushaltskonsolidierung zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 0:7:1

**6.3 Der Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Dessau-Roßlau wird gemäß der Anlage 2 dieser Beschlussvorlage zugestimmt.
Vorlage: BV/428/2024/IV**

Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt fest, dass es keinen Einführungsbedarf seitens der Ausschussmitglieder gibt und stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

6.4 Der Bestellung der stimmberechtigten Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau wird gemäß der Anlage 2 dieser Beschlussvorlage zugestimmt.
Vorlage: BV/429/2024/IV

Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt fest, dass kein Einführungsbedarf seitens der Ausschussmitglieder besteht und stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis:8.0:0

6.5 3. Fortschreibung zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung der Stadt Dessau-Roßlau für die Schuljahre 2022/2023 bis 2026/27
Vorlage: BV/037/2025/IV-40

Herr Kuras führt in die Beschlussvorlage ein. **Frau Ausschussvorsitzende Perl** erteilt Frau Bach sowie Herrn Teichert, Schulleiter der betroffenen Gymnasien, das Rederecht.

Frau Bach, Schulleiterin am Gymnasium „Philanthropinum“ führt aus, dass es das Ziel sein soll, dass an jedem Schulstandort so viel angeboten werden kann, wie möglich. Die Schüler und Lehrer sollen nicht pendeln und das Auswahlverhalten muss erst abgewartet werden. Ein weiteres Ziel ist es, bestmögliche Bildung im Sek 2 Bereich zu gewährleisten. Die Unterstützung der Stadt wird benötigt, wie zum Beispiel bei der Verlegung der Schwimmkurse in den Nachmittagsbereich.

Herr Teichert, Schulleiter am Gymnasium „Walter Gropius“ führt aus, dass mit der Zusammenverlegung von Kursen Synergieeffekte entstehen können. Die Schulen bleiben eigenständig. Er bittet ebenfalls um Unterstützung der Stadt Dessau-Roßlau.

Frau Hachmann bedankt sich bei Frau Bach und Herrn Teichert für die Zusammenarbeit sowie bei Herrn Kuras und Frau Günther. Es wurde ein Teilerfolg erzielt.

Herr Stadtrat Groneberg bittet um die Streichung folgender Sätze aus der Begründung aufgrund der Negativaussage:

„Für die Bestandskraft des Gymnasiums „Walter Gropius“ ist dies mit den prognostizierten Schülerzahlen auch weiterhin nicht möglich. Aus jetziger Sicht wäre die Fusion der beiden Gymnasien ab dem Schuljahr 2027/2028 das folgerichtige Planungsziel.

Fraglich ist jedoch, ob das neue Schulgesetz weitere Optionen für einen Fortbestand der Bestandskraft, (z. B. Verstetigung von Kooperationen) beinhaltet.“

Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt die Beschlussvorlage mit der zuvor genannten Änderung zur Abstimmung.

Die Beschlussvorlage wurde geändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8:0:0

6.6 Zustimmung zur Kooperation der Gemeinschaftsschulen "Rosa Luxemburg" und Friedrichstadt in Lutherstadt Wittenberg mit dem Anhaltischen Berufsschulzentrum "Hugo Junkers" Vorlage: BV/047/2025/IV-40

Herr Kuras führt in die Beschlussvorlage ein.

Herr Stadtrat Kaßner bittet um einzelne Abstimmung zur Kooperation und zu den Gastschulbeiträgen. Aus seiner Sicht kann die Stadt angesichts der angespannten Haushaltslage nicht auf Gastschulbeiträge verzichten und wirbt hier dafür, gegen den vorgeschlagenen Verzicht von Gastschulbeiträgen zu stimmen.

Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt den Beschlusspunkt 1 (Kooperation) der Vorlage zur Abstimmung.

Der Beschlusspunkt 1 wird ungeändert beschlossen.

Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt den Beschlusspunkt 2 (Verzicht auf Gastschulbeiträge) wie folgt zur Abstimmung: „Wer dafür ist, dass auf die Erhebung von Gastschulbeiträge verzichtet wird, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.“

Der Beschlusspunkt 2 wird, so wie von Frau Perl zur Abstimmung gestellt, seitens der Ausschussmitglieder abgelehnt. Der Verzicht auf die Gastschulbeiträge verbleibt weiterhin in der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis Kooperation: 8:0:0

Abstimmungsergebnis Verzicht auf Gastschulbeiträge: 2:2:4

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Frau Sternickel, sachkundige Einwohnerin, hat folgende Fragen vorab per E-Mail eingereicht.

- Hat die Stadt Dessau-Roßlau einen Beauftragten oder einen Ansprechpartner, der sich um Altersarmut kümmert?
- Nimmt die Stadt Dessau-Roßlau auch an den Landesarmutskonferenzen Sachsen-Anhalts teil?
- Bis 2030 will das Land keine Obdachlosen mehr verzeichnen (Probleme sind Mangelernährung, Sprachdefizite, Vereinsamung, Eigenanteil in der Pflege mit ca. 2400 Euro im Moment). Was hat Dessau-Roßlau geplant bis 2030, um dieses Anliegen in den Griff zu bekommen?
- Welche Möglichkeiten und Strategien gibt es seitens der Stadt, den Obdachlosen aus dem Rosenhof eine vernünftige Unterkunft anzubieten?

Frau Paesold geht wie folgt auf die Fragen ein: Das Sozialamt wird im nächsten Ausschuss eine Beschlussvorlage zur Sicherstellung der Unterbringung der Obdachlosen nach Verkauf des Objektes Rosenhof bis zum 31.12.2025 einbringen. Die Kommunen sind nicht in die Landesarmutskonferenzen eingebunden. Für jeden Obdachlosen wurde ein sogenanntes „Profiling“ erstellt. Dabei wird auch verzeichnet, ob die Personen bspw. pflegebedürftig, krankversichert sind oder Sozialleistungen bezogen werden. Wir haben aktuell keine Person feststellen können, bei denen keine Pflege- oder Krankenversicherung besteht. Frau Paesold bietet an, in der letzten Sitzung vor der Sommerpause einen Sozialbericht zu erstellen, indem das Thema Altersarmut behandelt wird. Auch der Seniorenbeirat und der Seniorenbeauftragte beschäftigen sich mit diesem Thema.

Frau Ausschussvorsitzende Perl wünscht weitere Informationen zu dem Thema Obdachlosigkeit.

7.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Stadtrat Gronemann, hat Fragen zur Sekundarschule am Schillerpark bezogen auf die Planung einer Gemeinschaftsschule.

Frau Beigeordnete Hachmann teilt mit, dass die Sekundarschule am 10.03.2025 eine Gesamtkonferenz durchgeführt hat. Die Stadt Dessau-Roßlau als Träger hat sich der Abstimmung zur Gesamtschule enthalten. Seitens der Schule wird nun ein Konzept bei der Stadt eingereicht werden. Der Stadtrat wird über dieses Anliegen in Form einer zur erarbeitenden Beschlussvorlage entscheiden.

Herr Stadtrat Gronemann gibt an, dass an dieser Schule durch einen hohen Krankenstand der Lehrer bereits jetzt der Unterricht nicht planmäßig stattfinden kann.

Frau Stadträtin Bebber berichtet über die vergangene Berufsorientierungsmesse im Technikmuseum „Hugo Junkers“. 16 Betriebe waren vor Ort. Es wurde gut angenommen.

Frau Ausschussvorsitzende Perl wünscht sich vom Amt für Soziales und Integration die Benennung von Zahlen für die Bereiche Wohngeld, Anzahl der Personen, die Leistungen nach dem SGB XII erhalten differenziert nach Alter, Geschlecht, Wohnsitz.

Frau Paesold sichert die Aufbereitung dieser Zahlen zu.

7.2 Sachstandsinformation zur Schulgesetzesnovellierung des Landes Sachsen-Anhalt

Herr Kuras berichtet zum aktuellen Sachstand. Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine weiteren Fragen.

10 Schließung der Sitzung

Frau Ausschussvorsitzende Perl stellt die Öffentlichkeit wieder her, schließt die Sitzung um 19.42 Uhr und verabschiedet die Ausschussmitglieder und Gäste.

Dessau-Roßlau, 13.05.25

Gabriele Perl
Vorsitzende Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales Schriftführerin